

# GRÜNES SOFORTPROGRAMM FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT UND HUMANITÄRE HILFE

**Autorenpapier von Katrin Göring-Eckardt, Claudia Roth, Frithjof Schmidt, Anja Hajduk, Tom Koenigs, Uwe Kekeritz**

Klimawandel, Kriege, Finanzkrisen und über 65 Millionen Flüchtlinge in der Welt zeigen: **Unsere Art, zu produzieren und zu konsumieren, muss sich grundlegend ändern, damit alle Menschen faire Chancen erhalten.** Die meisten Krisen sind menschengemacht und können deshalb auch von Menschen behoben werden. Mit dem **Pariser Klimaabkommen** und den **Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs)** ist dafür der **Rahmen** gesetzt. Wir wollen diese Ziele vollumfänglich umsetzen und entschieden für den sozial-ökologischen Umbau vorgehen. Alle Politikfelder müssen sich hieran orientieren. Es darf nicht länger sein, dass die negativen Auswüchse der Agrar- und Handelspolitik Entwicklungserfolge in Ländern des globalen Südens zunichtemachen. Wir wollen Armut und soziale Ungleichheit abbauen, faire Handelsabkommen schließen und Fluchtursachen beseitigen.

Zu viele Krisen existieren leider weiter, auch wenn sich die Aufmerksamkeit schon wieder der nächsten Tragödie zuwendet. Angesichts des wachsenden Missverhältnisses zwischen humanitärem Bedarf und verfügbaren Ressourcen benötigen wir **neue Ansätze**, um die geleistete Hilfe relevanter und effizienter zu gestalten. Das **Recht auf Bildung, auf Arbeit, auf Gesundheit und auf Familie** gilt auch für Opfer humanitärer Katastrophen. Gerade sie haben Anspruch auf die gemeinsame Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele.

Klimaschutz, globale Entwicklung und humanitäre Hilfe brauchen eine **verlässliche Finanzierung**. Die wollen wir sicherstellen. Einzelne Staaten und Regierungen können die globalen Probleme aber nicht allein lösen. Deshalb wollen wir die **multilaterale Zusammenarbeit deutlich stärken**, um mit der EU und den Vereinten Nationen (VN) mehr Wirkung für nachhaltige Entwicklung zu erzielen. Viele der Antworten auf die globalen Herausforderungen sind komplex, erfordern international abgestimmtes Verhalten und vor allem benötigen sie Zeit. Aber durch **konkrete Maßnahmen in und durch die Bundespolitik** können wir **sofort für mehr Gerechtigkeit** hier und weltweit **erste wichtige Schritte** nach vorne machen.

Was durch die nächste Bundesregierung zu tun ist:

## **Finanzierungsversprechen einlösen und Wirksamkeit verbessern**

### **Zusagen für Entwicklung und internationalen Klimaschutz verlässlich einhalten**

Wir wollen spätestens bis 2021 das Ziel erreichen, **0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung** auszugeben, indem wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz **jährlich um mindestens zwei Milliarden Euro zusätzlich erhöhen** und auch danach die **Klimagelder separat** weiter anwachsen lassen. Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland werden wir nicht anrechnen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus und erhöhen den Fokus auf Wirksamkeit. Wir wollen mittelfristig **die Hälfte der Mittel in den ärmsten Ländern** und fragilen Staaten einsetzen. Die Bereiche Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung wollen wir besonders stärken. Die multilaterale Zusammenarbeit und Budgethilfen wollen wir ausbauen.

Zusätzlich wollen wir die **Finanztransaktionssteuer endlich einführen** – bestenfalls im europäischen Verbund, ansonsten aber auch über eine „verstärkte Zusammenarbeit“ oder unilateral nach französischem Vorbild – und einen großen Teil der Einnahmen für Klima und Entwicklung aufwenden.

## **Steuervermeidung beenden und Wertschöpfung vor Ort besteuern**

Entwicklungsländern entgehen hunderte Milliarden an Steuereinnahmen durch Steuervermeidungstricks auch deutscher Unternehmen. Wir setzen uns für den steuerpolitischen Grundsatz ein, Wertschöpfung in dem Land zu besteuern, in dem sie entstanden ist. Steuersümpfe gehören ausgetrocknet. Transnationale Unternehmen müssen grundsätzlich als eine wirtschaftliche Einheit besteuert werden (Stichwort: unitary taxation), denn nur so lässt sich **Steuervermeidung bekämpfen**. Auch fordern wir umfassende länderbezogene **Offenlegungspflichten** für transnationale Unternehmen und öffentliche **Transparenzregister** für wirtschaftlich Berechtigte zur Schaffung weitreichender Transparenz in Steuerfragen. Denn bei allen Firmen, die bei uns operieren, muss klar sein, wem sie gehören und wer von ihnen profitiert. **Geschäfte mit unkooperativen Staaten** werden wir in Deutschland operierenden Banken und Kanzleien **verbieten**.

Die von Deutschland abgeschlossenen **Doppelbesteuerungsabkommen** führen häufig dazu, dass Entwicklungsländern wichtige Steuereinnahmen entgehen. Wir wollen entwicklungs-schädliche Doppelbesteuerungsabkommen zeitnah ersetzen. Stattdessen wollen wir doppelte Nichtbesteuerung als auch den **Abbau von Quellensteuern** weltweit **verhindern**. Schließlich wollen wir uns für effiziente Steuerverwaltungen, faire Steuersysteme und die Korruptionsbekämpfung im globalen Süden stark machen, denn eine nachhaltige Entwicklung braucht dauerhafte und verlässliche Steuereinnahmen.

## **Regierungshandeln an Nachhaltigkeit ausrichten**

### **Waffenexporte verbieten: Keine Unterstützung von Diktatoren und Kriegen**

Wir wollen deutsche Waffenexporte in Staaten mit problematischer Menschenrechtslage sowie in Kriegs- und Krisengebiete beenden. Deutschland zählt leider immer noch zu den größten Rüstungsexporteurern weltweit. 2015 waren die Genehmigungswerte mit 7,8 Mrd. Euro so hoch wie noch nie. Waffen und insbesondere Kleinwaffen befeuern Kriege und verheerende Gewalt. Gewaltsame Konflikte sind wiederum ein Hauptgrund dafür, dass Menschen aus ihrer Heimat flüchten müssen. Über ein **Rüstungsexportgesetz** mit verbindlichen Regeln sorgen wir dafür, dass Waffenlieferungen in Drittstaaten nur noch in eng begrenzten Ausnahmen möglich sind.

### **SDG-TÜV: Folgenabschätzung für Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Frieden**

Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass unser Handeln andernorts zu Armut, Ungleichheit, bewaffneten Konflikten oder dem Raubbau an der Natur beiträgt – und somit das Pariser Klimaabkommen und die SDGs untergräbt. Deshalb führen wir eine **Folgenabschätzung für Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Frieden auf Regierungsebene** ein. Dafür wollen wir den derzeitigen Staatssekretärsausschuss zu einem Kabinettsausschuss – **dem Rat für Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Frieden** – aufwerten. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE) sowie die Ausschüsse des Bundestages sollen den Kabinettsausschuss beauftragen können, Regierungsvorhaben oder Gesetzentwürfe auf ihre Konsequenzen für Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Frieden hin zu überprüfen, bevor sie vom Kabinett beschlossen werden. Das Ergebnis dieser Folgeabschätzung und die entsprechenden Handlungsempfehlungen machen wir öffentlich. Zur Stärkung der Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland werden wir den PBNE durch eine feste Verankerung in der Geschäftsordnung des Bundestages aufwerten und den bestehenden Rat für nachhaltige Entwicklung zu einem genuinen Beratergremium aus Forschung und Zivilgesellschaft umbauen, damit dessen Mitglieder nicht mehr vom Kanzleramt benannt sondern von den Mitgliedsorganisationen entsandt werden.

## **Menschenrechte umsetzen und Demokratie fördern**

### **Programm für besonders gefährdete zivilgesellschaftliche Aktivist\*innen**

Ob in Äthiopien, Russland oder der Türkei: oft unter Gefahr für ihr eigenes Leben und das ihrer Familie setzen sich mutige Umweltaktivist\*innen, Journalist\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen für die Rechte anderer ein. Sie zu schützen und zu unterstützen ist uns eine Verpflichtung. Wir werden deshalb ein **Bundesprogramm nach dem Vorbild der niederländischen „Shelter Cities“** auflegen, das besonders gefährdeten zivilgesellschaftlichen

Akteur\*innen in Deutschland temporären Schutz und Unterstützung gewährt. Gleichzeitig werden wir mehr Gelder für die Förderung und den Schutz der Zivilgesellschaft in den Partnerländern bereitstellen und so den „**Shrinking Spaces**“ entschlossen entgegenstehen.

### **Frauen und Mädchen in den Fokus**

Wir setzen uns für die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen ein, denn sie sind von Armut und Ungleichheit, aber auch in Situationen von Flucht oder Naturkatastrophen unverhältnismäßig stark betroffen. Wir setzen auf **Gender-Budgeting**, um Geschlechtergerechtigkeit konkret und transparent abzubilden, und schaffen ein **effektives Monitoring für den Genderaktionsplan**. In einem ersten Schritt führen wir zudem die **Gender-Zielgröße** wieder ein, nach der mindestens 10% der Mittel des Entwicklungsetats Projekten mit dem Hauptziel der Förderung von Gleichberechtigung der Geschlechter zukommen müssen. Zudem wollen wir eine verstärkte Förderung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmungsrechte, der Bildung und der Gesundheit von Frauen und Mädchen. Wir wollen mehr Frauen an den Verhandlungstischen sehen. Das geht nur, wenn wir die UN-**Resolution 1325** zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ konsequent anwenden und ambitionierte **nationale Aktionspläne** zur Umsetzung unterstützen. Darum werden wir den mauen Aktionsplan grundlegend überarbeiten und finanziell ausstatten.

### **Humanitäres Versprechen**

Der weltweite humanitäre Hilfsbedarf ist mit über 20 Milliarden Euro nur für 2017 so hoch wie nie. Dieser humanitären Herausforderung muss sich auch Deutschland stellen – mit zweckungebundenen, großzügigen und planbaren deutschen Beiträgen. Wir werden darum am Anfang jedes Jahres den „**fairen Anteil**“ **Deutschlands am globalen humanitären Bedarf** der Nothilfeprogramme der Vereinten Nationen decken. Das schafft Planungssicherheit und vermeidet zusätzliche kurzfristige Mobilisierungskosten.

Wir wollen, dass Deutschland aktiv dazu beiträgt, die inhaltliche Ausgestaltung und die politischen **Bedingungen der humanitären Hilfe** auf der nationalen und internationalen Ebene zu **stärken** und zu verbessern. Eine kritische und tiefergehende Reflexion der humanitären Hilfe findet derzeit aber in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit kaum statt; dafür notwendige Kapazitäten existieren bisher nur in Ansätzen. Deutschland braucht deshalb ein **politisch unabhängiges Institut**, das die **deutsche humanitäre Hilfe evaluiert, stärkt und weiterentwickeln** hilft. Das Institut soll die humanitäre Hilfe durch fachliche Expertise und eigenständige, praxisorientierte Forschung bereichern und im Dialog mit Öffentlichkeit, Politik und Zivilgesellschaft sowohl zur internationalen Debatte als auch zur gesellschaftlichen Reflexion der humanitären Hilfe in Deutschland beitragen.

Wer Menschen davon abhalten will, lebensgefährliche Fluchtrouten einzuschlagen, schafft dies dauerhaft nicht mit Militärbooten, Zäunen und schändlichen Deals mit Despoten und gescheiterten Staaten wie Libyen. Deshalb wollen wir neben einer zivilen Seenotrettung und der wirksamen **Umverteilung von Schutzsuchenden innerhalb Europas** sichere und legale Fluchalternativen anbieten. Insbesondere die bislang beschämend geringe Teilnahme der Bundesregierung am **Resettlement**-Programm des UNHCR wollen wir substantiell **ausbauen**. Durch einen „fairen Anteil“ Deutschlands am jährlichen Resettlement-Bedarf der VN nehmen wir unsere humanitäre Schutzverantwortung gegenüber besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr, schaffen Ordnung und Planbarkeit im Asylsystem, entziehen den Schleppern die Geschäftsgrundlage und retten Menschenleben. Derweil wird das individuelle Asylrecht durch diese Maßnahme nicht angetastet – ebenso wenig wie die Möglichkeit zu flexiblen Kontingentlösungen, Familienzusammenführung oder die Vergabe humanitärer Visa.

## **Fair Handeln und Wirtschaften**

### **Verbindliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen: Lieferketten fair gestalten**

Unternehmen müssen endlich die Verantwortung für die gesellschaftlichen und ökologischen Folgen ihres Wirtschaftens übernehmen: juristisch und finanziell. Wir werden deshalb **menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtlich verbindlich machen**. Für die Umsetzung bekommen besonders kleine und mittelständige Unternehmen die notwendige Unterstützung. Verletzen Unternehmen ihre Pflichten, werden sie wirksam sanktioniert: Die betroffenen Menschen können klagen und Entschädigung verlangen. So schaffen wir auch faire Wettbewerbsbedingungen für die vielen Unternehmer\*innen, die sich bereits heute hohen ethischen Standards verpflichtet haben.

### **Faire Handelsabkommen, auch mit Afrika**

Das Gewicht der Bundesregierung im Europäischen Rat ist beachtlich, gerade auch in Handelsfragen. Bislang ist allerdings nicht zu erkennen, dass sich die Bundesregierung auch nur ansatzweise für die fairere Ausgestaltung unserer Handelsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern eingebracht hätte – im Gegenteil. Vor allem die ausgehandelten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika drohen, eine eigenständige nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern zu verhindern. Wir wollen uns auf europäischer Ebene entschieden dafür einsetzen, die **EPAs mit Afrika zu stoppen und neu zu verhandeln**. Wir setzen auf die Möglichkeit für Entwicklungsländer, mit gezielten handelspolitischen Maßnahmen – wie Exportsteuern oder dem Schutz junger Industrien – eine selbstbestimmte Entwicklung auf Grundlage einer diversifizierten Wertschöpfung vor Ort zu gestalten. Dabei legen wir zugleich großen Wert darauf, dass neben den völkerrechtlich verbrieften Menschenrechten auch Umweltstandards eingehalten und zu diesem Zweck sanktionsbewährt in den Abkommen verankert werden.

### **Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten und Saatgut sichern**

Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur Überlebensfrage. Spekulationen mit Nahrungsmitteln können deshalb unmittelbar auch zu Hunger und Leid führen. Das wollen wir eindämmen und hier auf europäischer Ebene umgehend aktiv werden. **Wir begrenzen die Menge, die einzelne Akteur\*innen von einem Produkt am Markt kaufen dürfen**, denn nur so lässt sich vermeiden, dass durch allzu wenige Akteure einseitige Abhängigkeiten und plötzliche Kursänderungen entstehen. Doch nicht nur Marktmonopole bei Nahrungsmitteln sind ein Problem: Die Interessen von Agrarkonzernen bedrohen den traditionellen Handel von bäuerlichem Saatgut und damit das Recht auf Nahrung. Das schafft riskante Abhängigkeiten und zerstört die Artenvielfalt. Deshalb wollen wir die Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern auf **freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut** garantieren sowie lokale Saatgutbanken fördern.

### **Bundesprogramm zur nachhaltigen und fairen öffentlichen Beschaffung**

Mit 270 Mrd. Euro jährlich ist die öffentliche Beschaffung ein wichtiger Hebel, den es zu nutzen gilt. Wir wollen eine öffentliche **Beschaffung**, die innovativen, umweltverträglichen Produkten und Technologien zum Durchbruch verhilft und **umwelt-, sozial- und menschenrechtliche Verpflichtungen** einhält. Für den Bund wollen wir dies verbindlich regeln und dazu ein Bundesprogramm auflegen. Länder und Kommunen wollen wir bei fairer und nachhaltiger Beschaffung stärken, z.B. wollen wir das Beratungsangebot der **Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung** unter anderem zu vertrauenswürdigen Labeln weiter ausbauen.